MZ - Zw - Gbg 21.03.2009

Der Arbeit wie immer nachgehen

VG-Rat besorgt wegen Stumpfs Kandidatur

BODENHEIM. Ein seltener Beobachter der Sitzungen des Bodenheimer Verbandsgemeinderates hätte sich wohl gewundert, um was alles sich die Fraktionsvertreter sorgen. Die bloße Ankündigung von VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf, neuer Mainz-Binger Landrat werden zu wollen, veranlasste die fünf Fraktionen zur Vorlage eines Antrags, in dem sie eine scheinbare Selbstverständlichkeit einforderten. Die Kandidatur Stumpfs dürfe „nicht zu Lasten einer effizienten Aufgabenerledigung in der Verbandsgemeinde führen", trug Thomas Glück (SPD) vor.

Nach „zahlreichen Fehlleistungen des Bürgermeisters in den vergangenen Jahren" stellten die Fraktionen sich zudem die Frage, wie Stumpf seine Arbeit in der verbleibenden Amtszeit organisieren wolle und wie die von ihm angekündigte Verbesserung des Verhältnisses zum VG-Rat aussehen werde. Schließlich solle Stumpf darlegen, wie sich die durch seine krankheitsbedingten Abwesenheiten entstandenen „Defizite in der Darstellung der Gemeinde" ausgleichen ließen. Der Rat erwarte, „dass der Bürgermeister mit mehr Sachkunde und Verantwortung als bisher seinen Pflichten" nachkomme, schloss der einmütig unterstützte Antrag.

Stumpf entgegnete, dass es bei der Landratswahl um einen Wahlkampf von ganzen zweieinhalb Monaten Dauer handele, den er zudem vornehmlich in dem ihm zustehenden Urlaub führen werde. „Ich werde meiner Arbeit genauso nachgehen können, wie ich es immer getan habe", versprach er und kassierte dafür von einigen Ratsmitgliedern Hohngelächter. Das nahm er gelassen: „Ich weiß, dass hier sowieso alle gegen mich sind", bekannte Stumpf.

Ansonsten zeichnete die Sitzung sich durch das Absetzen von Tagesordnungspunkten durch die Fraktionen aus. Selbst den Haushaltsentwurf 2009 wollten sie nicht behandeln, weil die Verwaltung den 300-seitigen Entwurf den Fraktionsmitgliedern erst kurz vor der Sitzung vorlegen konnte. Stumpf stimmte gegen die Absetzungen, selbst als es um die Behandlung von Anträgen zur Sperrzeitregelung ging: Die Anträge waren bereist in der vorigen Sitzung verabschiedet worden. Die VG, verkündete der Bürgermeister, werde die Sperrzeit bei Festen in Zukunft auf drei Uhr festlegen, die Musik muss um 24 Uhr ausgehen. „Diese Festlegung ist für die Planungssicherheit notwendig", betonte Stumpf vor allem in Hinblick auf das Albansfest. „Das reicht aber nicht, wir brauchen auch die Umsetzung der Lärmkonzepte", forderte CDU-Fraktionschef Matthias Schäfer. (gus)